

Wer nicht hören will, muß fühlen

(9/1992)

Seit Rostock ist selbst den unbedarften Zeitgenossen klargeworden, daß das deutsche Volk in einem furchtbaren Rassenkrieg hineingetrieben wird, der es zwingt, sich seiner Haut zu wehren in dem engen Lebensraum, der ihm noch geblieben ist. Die Schätzungen der fremdvölkischen Infiltrantenheere schwanken zwischen fünf und zehn Millionen. Die jungen Deutschen von Hoyerswerda und Rostock wurden in DDR-Zeiten zum Klassenkampf erzogen, aber in der neuen BRD müssen sie jetzt den Rassenkampf führen, um vielleicht später, wenn die westdeutsche Kapitalistenklasse auch die heute arbeitslosen Jugendlichen auszubeuten sich herablassen sollte, erneut zum Klassenkampf anzutreten.

In der letzten Helmut-Schmidt-Wahl im Oktober 1980 wählte ich zum letzten Mal die SPD und schrieb einen offenen Brief an Freimut Duve, meinen Bundestagsabgeordneten. Darin steht u.a.: „Die Ausländerfrage wird zur existentiellen Bedrohung der politischen Kultur in Deutschland werden, wenn die derzeit von den Sozialliberalen propagierte Integrationspolitik verwirklicht werden sollte. Die Integration fremdstämmiger Ausländer erzeugt den Rassismus, und zwar als Massenbewegung. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Schon heute verwandeln sich relevante Teile der industriellen Reservearmee in rechtsextremistische Sturmtruppen. Das Ideal der Integrationspolitik, der hier geborene Türke mit deutscher Staatsbürgerschaft, Bildung und Mentalität wird den Rassismus herbeizwingen, als letzte noch mögliche Form der Abgrenzung.“

Der wohlgemeinte Brief wurde keiner Antwort für würdig befunden, und seitdem hat die Gischt des Asylbetrugs der Ausländerflut ein noch dramatischeres Aussehen verliehen. Aber wer nicht hören will, der muß fühlen. Der Rassenkrieg scheint jetzt nicht mehr aufhaltbar, und es bleibt den Deutschen wohl nur übrig, eine Gemeinde nach der anderen freizukämpfen und nach jedem Erfolg die Siegesstandarte ausländerfrei am Ortseingangsschild aufzuziehen.

Diesen Rassenkampf hat die politische Klasse allein verschuldet. Sie wird eines Tages zur Verantwortung gezogen werden müssen. Mag sein, daß sie im Strudel der Auseinandersetzungen auf die eine oder andere Art schon vorher verschwindet: wenn sie Glück hat als Asylanten in der westlichen Welt. Der Bundespräsident gab seinem Staat nur noch ein Jahr, wenn es nicht gelingt, der Unruhen Herr zu werden.